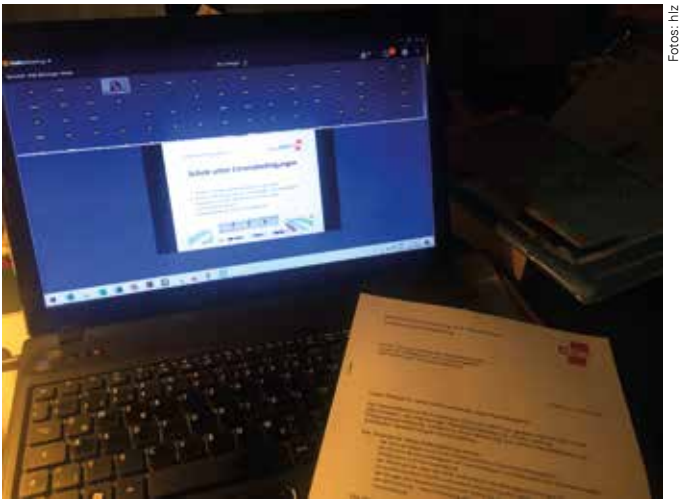
Auf Sendung

Vor dem Hintergrund dramatisch zunehmender Infektionen mit Covid19 erwies sich die Entscheidung, unser oberstes Entscheidungsorgan online tagen zu lassen, als konsequent und richtig

Merkwürdig war es schon, als um neun Uhr auf dem Bildschirm immer mehr kleine Kacheln auftauchten, die die online-Präsenz der Delegierten anzeigten. Die Begrenztheit der Technik ließ leider nicht zu, dass sich alle auf einmal auch visuell gegenübertreten konnten. Immerhin aber blitzte hier und da für kurze Zeit das Konterfei der Zugeschalteten auf, was die Möglichkeit zur individuellen Begrüßung bot.

Die insgesamt etwas blutleere Atmosphäre – so mein Empfinden – wurde durch die Moderatorin Yvonne Heimbüchel, offiziell Mitglied des Präsidiums, mit ihrer kompetenten und vor allem freundlich zugewandten Art dennoch angenehm mit Leben gefüllt.



Fotos: hlz

MAZ ab! Delegierte zugeschaltet

Was war zu erledigen?

Unser Geschäftsführer Dirk Mescher führte als *Webmaster,* vielleicht sagt man es heute so, souverän durch das Programm. Alle Anträge, bis auf die des Friedensausschusses, seien zurückgezogen worden, berichtete er. Sie gehen nun zur Entscheidung in den Landesvorstand, werden dort verabschiedet oder auf den im Frühjahr 2021 geplanten Gewerkschaftstag verschoben. Dies entspricht dem sonst üblichen Verfahren mit Anträgen, die mangels Zeit auf einem ‚normal' abgehaltenen Gewerkschaftstag nicht zur Abstimmung kommen konnten. Dirk begründete dies damit, dass die notwendigen inhaltlichen Auseinandersetzungen über diese Anträge online nicht in der gebotenen Differenziertheit möglich seien.

Anders – und damit begann dann auch unser erster Kassenverwalter Jens Kastner – sei es mit der Verabschiedung des Haushalts. Man erwarte eher Rückfragen als inhaltliche Auseinandersetzungen. Diese könne man durchaus online beantworten. Mit einer Art Protokoll darüber werde man dann den Haushalt allen Delegierten zukommen lassen, die dann schriftlich darüber abstimmen müssten. Ein etwas aufwändiges Prozedere, das sich aber nicht vermeiden lasse, weil sich alle bisherigen online Abstimmungsverfahren als nicht sicher erwiesen hätten, so die Erklärung unseres „Webmasters" Dirk.

Jens Kastner konnte, wie man zu sagen pflegt, „gute Zahlen" präsentieren. Unsere Organisation stehe finanziell gut da, was vor allem den seit Jahren steigenden Mitgliederzahlen geschuldet sei (s. weiter unten). Als Vorsitzender des Bereichs Kinder und Jugend nutzte Jens zugleich an dieser Stelle die Möglichkeit, über den wenige Tage zuvor durchgeführten Streik im Kitabereich zu berichten (s. auch S. 17), in dessen Folge es zweihundert (!) Neueintritte gegeben habe. Das erfreue ihn nicht nur als politisch Agierender, sondern auch als Finanzverantwortlicher.

Die wenigen Nachfragen konnten schlüssig beantwortet werden und als der Kassenprüfer Holger Radke sich online zuschaltete und das Testat ‚unbedenklich' vergab, war inhaltlich wie formal dem Rechnung getragen worden, was die Satzung vorsieht.

Erste Prüfung online bestanden!

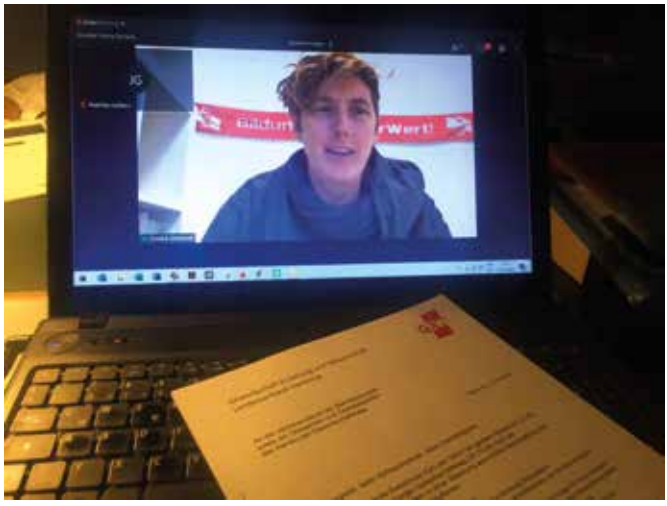
Das Hauptreferat

Der als Jurist am *Zentrum für Sozialforschung* in Halle lehrende Referent Wolfhard Kohte, der als Kenner auf dem Gebiet

des Arbeits- und Gesundheitsschutzes anerkannt ist, konnte die Delegierten in einem anderthalbstündigen Referat nicht nur davon überzeugen, dass er nicht zu Unrecht als einer der kompetentesten Arbeitsrechtler auf diesem Gebiet angesehen wird, sondern zugleich zeigen, wie komplex sich das Recht auf diesem Gebiet darstellt. Durchweg könne man feststellen, so Kohte, dass die Arbeitgeberseite – und dies gelte auch und gerade für den öffentlichen Dienst – bis heute nicht begriffen habe, dass es gesetzliche Ansprüche seitens der Arbeitnehmer_innen auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gebe. Noch immer begegne er Vertretern auf Arbeitgeberseite, die meinten, dass es in ihrem eigenen Ermessen läge, was den Mitarbeiter_innen an Risiken zugemutet werden kann. Das sei ein Zeichen nicht nur von Ignoranz, sondern auch von großer Unkenntnis.

Die Betroffenen seien naturgemäß mit der Situation überfordert, da es wirklich der Kenntnis eines komplizierten rechtlichen Regelwerks bedürfe, was dem/der juristisch nicht Vorgebildeten zunächst einmal verschlossen bleiben müsse. Die Betriebs- und Personalräte dagegen hätten diese Chance und diese würde ja auch zunehmend wahrgenommen, um Forderungen nach mehr Gesundheitsschutz auch juristisch zu untermauern. Vielerorts stehe man aber erst am Anfang. Nur ein permanentes Dringen auf Durchsetzung der gesetzlichen Ansprüche könne hier die Sensibilisierung aller Beteiligten steigern. Hier bezog er selbst die Gerichte mit ein, deren Entscheidungen auch davon abhingen, wie die Themen in der Öffentlichkeit diskutiert und wahrgenommen würden. So seien durchaus unterschiedliche Einschätzungen feststellbar, je nachdem, ob strittige Fälle vor Verwaltungsgerichten – zuständig für Betriebs- und Personalräte – oder vor Arbeitsgerichten – zuständig für Klagen von Arbeitnehmer_innen – ausgefochten würden.

Wenn von Überforderung die Rede ist, dann gilt dies an dieser Stelle auch für den Chronisten, der sich außerstande sieht, detailgerecht das Referat wiederzugeben. Professor Kohte versprach aber auf Anfrage der Redaktion, die von ihm dargestellten Sachverhalte und Zusammenhänge in einem Beitrag für die hlz zusammenzufassen. Wir werden also in unserer Dezemberausgabe mit einer differenzierten Darstellung aufwarten können.



Yvonne Heimbüchel führte souverän durchs ‚Programm'

Dass der Inhalt des Referats auf großes Interesse stieß, konnte man anhand der zahlreichen Nachfragen erkennen, die trotz der weit überzogenen Zeit kamen.

Zweite Prüfung online bestanden!

Rechenschaftsberichte

Sozusagen am Vorabend des Auslaufens ihrer Amtszeit im Frühjahr nächsten Jahres zog unsere Vorsitzende **Anja Bensinger-Stolze** Bilanz ihrer dann achtjährigen Tätigkeit. Licht und Schatten gehörten naturgemäß dazu. Letzterer sei nicht zu leugnen in Hinblick auf alle Versuche, die Arbeitsbelastung der Kolleg_innen zu verringern. Die Forderung, die Zahl der Stunden vor der Klasse auf maximal 20 zu reduzieren, sei eine klare Zielmarke, der man durch zahlreiche Versuche im Rahmen des Arbeitszeitmodells versucht habe näher zu kommen. Aber egal, welcher Art die Forderung gewesen sei: bei diesem Senator und den politisch Verantwortlichen habe man immer nur auf Granit gebissen. Deshalb bleibe dieses dicke Brett weiter zu bohren!

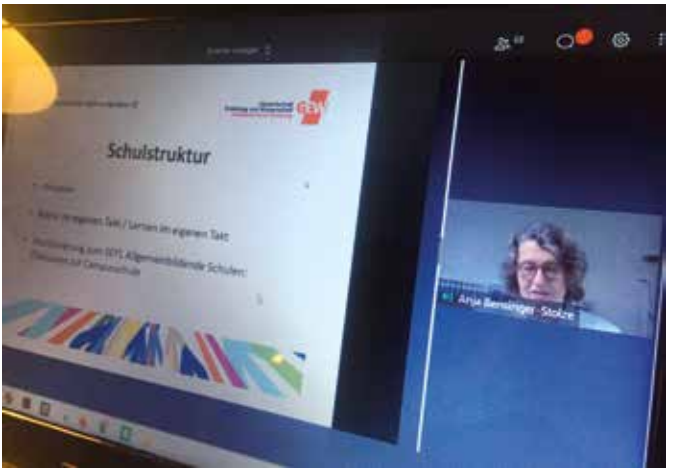
Anders dagegen verhalte es sich mit der Kampagne JA13, also der Kampagne, die eine einheitliche Lehrer_innenbesoldung fordert. Allen Unkenrufen zum Trotz sei man kurz vor dem Ziel! Die Beharrlichkeit, mit der es uns gelungen sei, die Kolleg_innen auf die Straße bzw. vor das Rathaus zu bringen – Anja erinnerte u.a. an die Fahrraddemo durch die Stadt – , um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, habe dazu beigetragen, den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen. Dass wir nun kurz vor dem Abschluss stünden, sei also kein Selbstgänger gewesen, sondern zeige, dass gewerkschaftliches Engagement sich auch auszahlen könne, so Anja resümierend. Sie versprach – auch wenn dies

vielleicht erst nach der Pandemie möglich sei – , dass man die Möglichkeit schaffen werde, dies gebührend mit dann hoffentlich vielen ‚Gewinner_innen' gemeinsam feiern zu können!

Außerhalb des Tagesgeschäfts sei es in den Jahren ihres Mandats als Vorsitzende vor allem um die Auswirkungen der sozialen Spaltung in der Stadt gegangen, die durch die Schulstruktur an Dynamik dazugewonnen habe. Die Forderungen nach mehr Ressourcen zur schulischen Inklusion gehören genauso zu den Vorschlägen der GEW wie bspw. die Forderung nach einer flexiblen Oberstufe, um das Ziel „Eine Schule für alle" nicht aus den Augen zu verlieren und in der gesellschaftlichen Diskussion zu halten. Auch hier geht es nicht ohne Beharrlichkeit, denn man sei nicht blauäugig in dem Sinn, dass wir hoffen, dass dies sich unter den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen durchsetzen lasse. An der Diskussion um die Campusschulen, etwa als Transformationsmodell für ‚Eine Schule für alle', sei man beteiligt, was gleichzeitig heiße, dass diese nicht abgeschlossen sei. An der Grundidee des möglichst langen gemeinsamen Lernens, beteuerte Anja, sei weiterhin festzuhalten.

Ebenfalls wies die Vorsitzende darauf hin, dass es an vielen Stellen gut und sinnvoll sei, Bündnisse zu schließen. Bündnisarbeit sei ein zeitaufwändiges Geschäft, zahle sich aber auf Dauer aus. Dabei nannte sie neben dem Bündnis für schulische Inklusion, das Bündnis zur Neustrukturierung der Lehrer_innenbildung, das dabei geholfen habe, ein gemeinsames Lehramt für Stadtteilschulen und Gymnasien durchzusetzen. Dies sei wiederum ein richtiges Zeichen für eine andere Schulstruktur.

In Hinblick auf ihre eigene Zukunft nach ihrer Amtszeit nannte Anja ihren Plan, auf dem im Juni nächsten Jahres in Leipzig stattfindenden Bundesgewerkschaftstag für den Bundesvorstand, Bereich ‚Schule', zu kandidieren. Die Erfahrung, die sie in den Jahren als Vorsitzende habe sammeln können, sei nicht nur Voraussetzung dafür, solch ein Amt ausfüllen zu können, sondern biete auch die Möglichkeit, neue Akzente setzen zu können.



Power-Point mit Blickkontakt

Unser stellvertretender Erster Vorsitzende **Fredrik Dehnerdt** verwies zunächst auf die unter seiner Einflussnahme zustande gekommene Expertise über die Berufsverbote politisch missliebiger Kolleg_innen, denen man in den 1970er Jahren vorwarf, nicht jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten. Im Rahmen dieses Engagements wurden auf von ihm zusammen mit ehemaligen Berufsverbotsopfern initiierten Veranstaltungen im Curio-Haus Forderungen an die GEW und den Hamburger Senat gerichtet, die den Betroffenen eine Kompensation für das ihnen widerfahrene Unrecht zusprechen sollten. Nicht ohne Erfolg: Die GEW entschuldigte sich und bot eine lebenslange beitragsfreie Mitgliedschaft an; die konkreten Ausgleichsangebote des Senats sind noch in der Diskussion.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Geschichte der Berufsverbote stehen die so genannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW. Unsere Gewerkschaft schloss nämlich viele der von Berufsverbot betroffenen Kolleg_innen aus! Um dieses dunkle Kapitel unseres Verbandes aufzuarbeiten, setzte Fredrik sich dafür ein, hierzu eine wissenschaftliche Expertise in Auftrag zu geben. Diese, so konnte er vermelden, sei nun fertig. Man wolle allerdings mit der Vorstellung des Buches* warten, bis es wieder möglich sei, größere Veranstaltungen in Präsenz durchzuführen.

In einem verhältnismäßig kleinen Rahmen habe man allerdings vor zwei Wochen eine Veranstaltung zur Geschichte der GEW durchgeführt, so Fredrik weiter, auf der der Historiker Marcel Bois seine von der GEW in Auftrag gegebene Studie vorgestellt habe, in der es um den Übergang der Gesellschaft der Freunde in den Nationalsozialistischen Lehrerbund und die Zeit während der NS-Herrschaft geht, in der auch noch einmal die Rolle Max Traegers untersucht worden sei. Er hoffe, dass damit die

*Alexandra Jäger: Abgrenzungen und Ausschlüsse. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg in den 1970er Jahren, Weinheim 2020

Grundlage zu einer sachlichen Diskussion über diesen noch immer umstrittenen Zeitabschnitt gelegt worden sei (s. S. 58).

In Hinblick auf Zeitgeschichtliches verwies Fredrik auf die von ihm aktiv geführte Auseinandersetzung mit der AfD. Bekannter Maßen hatte die AfD Denunziationsportale eingerichtet, die Schüler_innen und Eltern aufforderten, Lehrer_innen zu melden, die ihrer Meinung nach Inhalte im Unterricht verbreiteten, die sich nicht mit ihrem demokratischen Grundverständnis vereinbaren ließen. Damit stand – auch bundesweit – wochenlang in der Diskussion, ob und inwieweit es werturteilsfreien Unterricht überhaupt geben könne und wo eine solche Beeinflussung von Schüler_innen, die man unter „Indoktrination" fassen könne, beginne.

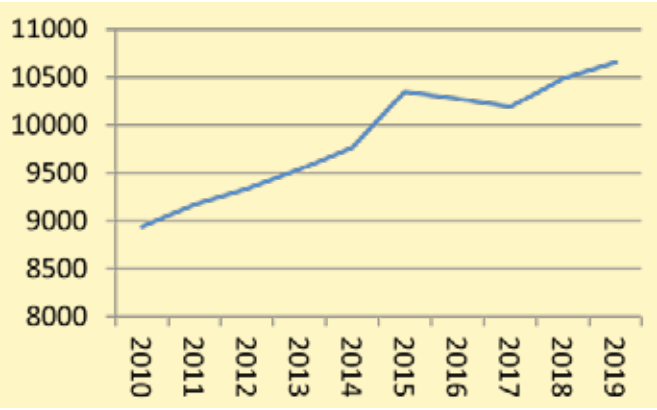
Hier habe er nicht nur dafür gesorgt, so unser stellvertretende Vorsitzende weiter, dass durch zahlreiche Artikel ein differenziertes Bild dieses komplizierten Gegenstands habe entstehen können, sondern er habe auch eine Veranstaltung mit vielen Bündnispartnern auf Kampnagel initiiert, die großen Anklang gefunden habe.

All dies habe ihn dazu bewegt, hierzu eine Broschüre herauszugeben, die bundesweit nachgefragt wurde, so dass sie eine zweite Auflage erfuhr.

Fredrik wechselte dann zu einem anderen Thema: Nicht ihm, sondern allen, die sich in der GEW engagiert hätten, sei es zu verdanken, dass es in seiner Amtszeit zu einem beachtlichen Mitgliederzuwachs gekommen sei. Angesichts der prognostizierten wachsenden Schüler_innenzahlen um 25 Prozent (!) in den kommenden 10 Jahren und den damit notwendigen Neueinstellungen von Kolleg_innen im selben Zeitraum sei die Chance, den Trend des Mitgliederzuwachses aufrechterhalten zu können, groß. Ziel unseres Landesverbands müsse sein, prozentual um den gleichen Anteil an Mitgliedern zu wachsen. Um diese Chance wahrnehmen zu können, so seien sich die Vorsitzenden einig, müsse die Personaldecke verstärkt werden. Konkret verwies Fredrik neben dem Aufgabenbereich der Mitgliederwerbung und -bindung auf die in diesem Zusammenhang gewachsenen Anforderungen gerade auch durch die elektronischen Medien im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die finanziellen Mittel für die dafür notwendige Personalaufstockung seien vorhanden. Dies alles sei bereits intensiv auch im Landesvorstand diskutiert worden. Der diesbezügliche Antrag sei formuliert und müsse, weil finanzwirksam und die Satzung berührend, auf dem Gewerkschaftstag im Frühjahr behandelt werden.

Nicht finanzwirksam, aber nicht weniger bedeutsam legte unser zweiter stellvertretende Vorsitzende, **Sven Quiring**, den Schwerpunkt seines Rechenschaftsberichts auf die Inklusion, genauer: auf die Klassifizierungen von Schüler_innen, die qua Tests zu Kindern mit Förderbedarf werden. Wenn man sich das Ergebnis anschaue, so sei dies deprimierend. Irgendetwas sei da falsch und deswegen träten er und seine Kolleg_innen in der GEW dafür ein, dass es zu einem radikalen Umdenken kommt. Immer mehr Kinder erreichten nicht die vorgesehenen Lernziele. In der Grundschule seien es 22,7 Prozent und in der Stadtteilschule nach Ende der Klassenstufe sechs 44,7 Prozent der Schüler_innen, die in Mathematik und/oder Leseverstehen die Mindeststandards nicht erreichen, so Sven aus einer Studie zitierend. Davon seien in den Grundschulen lediglich 29 Prozent und in den Stadtteilschulen nur 22,4 Prozent sonderpädagogisch gefördert worden. Diese Diskrepanz zeige, dass das bisherige System einer dringenden Überarbeitung bedarf. Notwendig sei nach Auffassung auch der GEW-Fachgruppe eine Bündelung und die koordinierte Vergabe aller zur Verfügung stehenden Förderressourcen als systemische Ressourcenzuweisung an die Schulen, die Einführung eines Fördermonitorings und die Überprüfung der aktuellen LSE-Diagnostik am Ende der

Mitgliederentwicklung der letzten Dekade



Die Chance, dass es uns gelingt, die Erfolgsgeschichte der letzten Jahre fortzusetzen, ist groß. 25 Prozent mehr Schüler_innen verlangen einen ebenso großen Personalzuwachs. Gerechnet wird mit 900 zusätzlichen Stellen. „Ziel muss sein, dass der Organisationsgrad erhalten bleibt: aktuell 30 Prozent – jede 3. Lehrkraft also in die GEW!" (Fredrik Dehnerdt)

4. Klassenstufe, fasste Sven die Forderungen zusammen.

Trotz dieser eher deprimierenden Ergebnisse sei in den letzten Jahren viel passiert, um die Situation zu verbessern, so Sven weiter. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die ‚Volksinitiative Gute Inklusion', die es vermocht habe, einen ordentlichen Schub in der personellen Ausstattung des Projekts Inklusion zu bewirken. Aber dies sei kein Selbstgänger gewesen. Zunächst einmal sei es natürlich das Verdienst Aller, die sich dafür engagiert hätten, aber bei aller Bescheidenheit dürfe man sagen, dass ohne die GEW in ihrer Gesamtheit dank der Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen unser Verband damit jenen organisatorischen Rückhalt geboten habe, ohne den sich ein solches Vorhaben nicht hätte erfolgreich durchsetzen lassen.

Trotzdem, so Sven resümierend, habe man die Zielmarke von 550 zusätzlichen Stellen noch nicht erreicht. Die zentrale Forderung bleibe deshalb, dass man mehr Personal einstellen müsse, um die wachsenden Probleme meistern zu können. Die Doppelbesetzung in jeder Klasse mit benachteiligten Kindern wie oben benannt sei ein Muss. Dafür stehe er und seine Fachgruppe und damit auch die GEW als Ganzes.

Aber man solle sich nichts vormachen: Die Erfüllung der tagespolitischen Forderung nach mehr Geld – und damit auch nach mehr Personal – stoße an ihre Grenzen, solange man nicht über andere Unterrichtskonzepte nachdenke, die nur im Rahmen einer Schulstruktur, in der alle Kinder gemeinsam lernen, fruchtbar werden könnten. Nur so sei letztendlich das zu erreichen, was den Wesenskern der Inklusion ausmache.

Seine Fachgruppe und auch er selbst – auch in seiner Rolle als stellvertretender Vorsitzender – sähen sich verantwortlich dafür, dass für den im nächsten Jahr stattfindenden Bundesgewerkschaftstag in Leipzig diesbezügliche Anträge von Hamburg aus auf den Weg gebracht werden, die dann hoffentlich bundesweit ein Echo fänden. Es gehe um Grundsätzliches in der Bildungspolitik, in der Hamburg, gerade was die Inklusion betrifft, bundesweit eine Vorreiterrolle einnehme. Dass diese Chance, über die Landesgrenzen hinaus in diesem Sinn bildungspolitisch etwas zu bewegen, auch weiterhin genutzt werde, dafür stehe er.

Dritte Prüfung einschränkend bestanden, weil letztendlich die Diskussion doch zu kurz kam.

Antragsberatung

Danach folgte noch die Beratung der nicht zurückgezogenen Anträge. Willi Bartels wollte den Delegierten wenigstens den Inhalt der vom Ausschuss für Friedenserziehung gestellten Anträge vermitteln. Insbesondere die Forderung der ICAN (International Campaigne against Nucluare Weapons) läge den Aktivist_innen des Ausschusses am Herzen. Es geht um einen UN Atomwaffenverbotsantrag, der 2017 mit Mehrheit in der UN-Generalversammlung angenommen wurde. Deutschland stimmte dagegen. Bis heute, so berichtet Willi, verweigere Deutschland seine Zustimmung, weil es, wie es in der Begründung des Antrages heißt: sich „alle Optionen offenhalten [möchte, um über] die nukleare Teilhabe über die Nato und die USA und die Option, mit Frankreich gemeinsam selbst im europäischen Rahmen Atommacht zu werden," entscheiden zu können. Der Ausschuss für Friedenserziehung bittet die GEW um eine Spende in Höhe von 1000 Euro an die genannte ICAN, um damit die Kampagne zu unterstützen.

Der Antrag wird nun in den Landesvorstand gehen und dort zur Abstimmung gestellt werden.

Nach so viel Input und schon sehr fortgeschrittener Zeit, konkreter: nach sieben Stunden Online-Präsenz, fehlte dann nur noch die Befassung mit der Kandidat_innenliste für den Bundesgewerkschaftstag im Juni. Erfreulich viele neue junge Gesichter von Mitgliedern, die Lust auf Gewerkschaftsarbeit haben, stellten sich vor – ein hoffnungsvoller Ausblick!

Vor allem aber darf die Hoffnung auf ein lebenswertes Leben in diesen schwierigen Zeiten der Pandemie nicht untergehen. Solche Maßstäbe anlegend war unser Online-Kongress halt der Spatz in der Hand, von dem wir uns alle wünschen, dass er schon bald wieder in die Freiheit entlassen werden kann.

JOACHIM GEFFERS